

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren, Wort und Bild.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 Mk.
Telegraphen-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepalte 8 mm hohe (Weiß-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen folgen pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Belieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkontto Frankfurt am Main Nr. 20771

Annahmehonorar für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr 9 Dienstag, den 20. Januar 1925 18. Jahrgang.



Schwer zu ertragen ist für
eines Mannes Magen
Ein Weib, das niemals weiß,
wieviel die Uhr geschlagen
Er hat zu rechter Zeit nicht
früh noch Abendbrot,
Und Ordnung fehlt der Welt,
weil sie im fehlt zu Haus.

Inser neuer Zolltarif.

Bei den jetzt überall stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen geht es nirgendwo ohne ein tüchtiges Stück von gesundem geschäftlichem Egoismus ab. Selbst unter befreundeten und verbündeten Staaten ist jeder einzelne in diesem Punkt auf seinen eigenen Vorteil bedacht. So wehrt sich, nur um ein paar Beispiele zu erwähnen, Italien gegen den neuen französischen Zollsatz, und Tschechen und Polen liegen sich wegen ihrer gegenseitigen Handelsbeziehungen gründlich in den Haaren. Für Deutschland liegt die Sache sehr einfach. Wir brauchen eine starke Ausfuhr, wenn wir die Handelsverpflichtungen erfüllen sollen, und müssen daher darauf halten, daß uns die fremden Staaten Zolltarife bewilligen, bei welchen unserer Industrie die Ausfuhr möglichst ist. Als Gegenleistung können wir das Deutsche Reich mit seinen 60 Millionen Einwohnern als wertvollen Absatzmarkt bieten und sind bereit, von unserem neuen Zolltarif, der jetzt zur Ausarbeitung gelangt, entsprechende Gegenleistungen zu gewähren.

Der erste deutsche Reichskanzler vertrat im Wirtschaftsleben den Grundsatz, daß Zollpolitik und die rein politische Freundschaft auseinander gehalten werden sollten. Seine Nachfolger vermochten aber diesem Prinzip keine unbedingte Geltung mehr zu verschaffen, und sie haben Österreich-Ungarn und Italien um des Friedensbündnisses willen in den Handelsverträgen erhebliche Zugeständnisse gemacht. In der Gegenwart sind für uns die wahren politischen Freundschaften so dünn gestrichelt, daß wir in erster Reihe darauf halten müssen, die Exportmöglichkeit und den Schutz unserer eigenen Arbeit in Einklang miteinander zu bringen. Wenn fremde Länder durch Erhebung von Schutzzöllen die Einfuhr von deutschen Erzeugnissen unendlich machen und damit der deutschen Industrie die Existenzmöglichkeit nehmen, zwingt uns der Selbsthaltungstrieb dazu, ihnen den deutschen Absatzmarkt ebenfalls zu verschließen und unsere eigene Industrie durch entsprechende Schutzzölle zu schützen.

In drastischen Worten ausgedrückt heißt das, eine Hand wäscht die andere. Danach muß der Zolltarif aufgebaut werden, denn wir würden sonst in kurzer Frist der ausländischen Konkurrenz erliegen und wirtschaftlich vollkommen zugrunde gerichtet werden. Wir dürfen keinen Augenblick vergessen, daß wir heute unter viel ungünstigeren Verhältnissen arbeiten, wie in der Vorkriegszeit, denn uns sind nicht nur ungeheure Schulden aufgebürdet, wir haben auch bedeutende Gebiete mit Kohlen, Erzen und Lebensmitteln verloren. Dazu gesellt sich der Verlust von allen Kolonien. Dazu gerade angefallen hatten, für uns eine hohe Bedeutung zu gewinnen. Alle diese Tatsachen zwingen dazu, der heimischen Arbeit jeglichen Schutz abzugeben zu lassen. Daneben wollen wir gern jeden fremden Staat so behandeln, wie er uns behandelt.

Dieser Grundsatz gilt vor allem auch für die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, in denen neuerdings wieder eine Stodung eingetreten ist. Die neue Kritik in Paris ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die französische Regierung das Protokoll vom 12. Oktober, in dem der Grundsatz der Gleichberechtigung und des Austausches von Konzessionen festgelegt worden ist, plötzlich als Verhandlungsbasis ablehnt. Es ist selbstverständlich, daß der Staatssekretär Trendelenburg sich mit der deutschen Regierung in Verbindung setzen mußte, um zu einem Vorfall von so weittragender Bedeutung Stellung zu nehmen. Entgegen anders lautenden Meldungen lehnt der Staatssekretär Trendelenburg nicht nach Berlin abzuwarten und allenfalls nur auf besondere Aufforderung zur mündlichen Berichterstattung nach Berlin kommen.

Der 18. Januar.

Die Feier der Reichsgründung.

Der Tag, an dem vor nunmehr 54 Jahren im Spiegelssaal von Versailles das deutsche Reich gegründet worden ist, wurde im ganzen Reich unter Beteiligung der Behörden festlich begangen. Sämtliche Feiern nahmen einen würdigen Verlauf.

In der Reichshauptstadt selbst fand im Rathaus eine eindrucksvolle Gedenkfeier statt, bei der Staatsminister a. D. Dietrich-Waden auf die verderblichen Folgen unserer Zerrissenheit, der Parteigegensätze, der inneren Zersplitterung hinwies. Er schloß mit kräftigen Mahnungen zur Einigkeit und der Hoffnung, daß das Reich und das gesamte deutsche Volk unter Einfluß von Oesterreich die schwere Krise überwinden, das alte Erbteil des Haders bekämpfen und zu neuem Aufstieg schreiten werde.

Achtliche Kundgebungen fanden auch in der Universität und den übrigen Berliner Hochschulen statt. Von den Feiern, die aus allen Teilen des Reiches gemeldet wurden, verdient besondere Erwähnung die Reichsgründungsfeier in dem breiteten Dorf und, bei der Generaloberst von Einem, preußischer Kriegs- und Staatsminister a. D., Oberbefehlshaber der dritten Armee im Weltkrieg, die Festrede hielt. Auch außerhalb der deutschen Reichsgrenzen, wie z. B. in Wien, wurden zur Erinnerung an Deutschlands Einigung würdige Kundgebungen veranstaltet.

Dr. Eckener zur Außenpolitik.

Die Notwendigkeit der Propaganda des Wortes und der Tat.

Der Schleswig-Holsteiner Bund hielt am Sonntag im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Nordmark-Feier ab, die durch einen Vortrag des bekannten Führers des „B. N. 3“, Dr. Eckener, eine besondere Bedeutung erhielt. Unter stürmischem Beifall des überfüllten Hauses betrat Dr. Eckener, der selbst Schleswig-Holsteiner und Ehrenbürger der Stadt Flensburg ist, die Rednertribüne.

Nach einer kurzen Einleitung wandte sich der Vortragende der Außenpolitik zu. Nach Lage der Sache habe es den Anschein, als ob das deutsche Volk das in Wissenschaft, Kunst und Technik an der Spitze stehende Volk, für gut halten. Dieses Verhalten würde den Lebensnotwendigkeiten, den Interessen der Kulturmenschen zuwiderlaufen. Dr. Eckener bezeichnete diese Politik als unethisch und als eine ethische Ungeheuerlichkeit, und glaubte sie noch niemals in einer Welt von so vielen Kulturvölkern so brutal durchgeführt wie zurzeit gegen das deutsche Volk.

„Wir müssen also“, so betonte der Redner, „in den Augen der Welt rehabilitiert und das deutsche Volk als der wertvolle Kulturfaktor wieder erkannt werden, der er ist. Um dieses zu erreichen, müssen wir unaufhörlich gegen die alten Lügen und Verleumdungen und gegen die Märchen unserer Kriegsschuld zu Felde ziehen. Dennoch gebe ich zu, daß es neben dem Schreiben und Protestieren auch anderer Maßnahmen bedarf, um die Stimmung der Kulturvölker uns gegenüber zu bessern. Wir müssen durch Taten, durch Leistungen für die Kultur beweisen, daß wir nicht ein Volk von Hunnen, sondern ein hochstehendes Kulturvolk sind.“

Im weiteren Verlauf des Vortrages kam Dr. Eckener auf die Wirkung des Erscheinens des Luftschiffes auf die amerikanische Bevölkerung zu sprechen. Er gab einige Beispiele von der großen Begeisterung, die jenseits des Ozeans ausgelöst wurde. An Hand dieser Beispiele betonte er die Notwendigkeit der Propaganda des Wortes und der Tat, um der Welt unseren Wert zu beweisen. Als vornehmstes Mittel der Grenzpolitik bezeichnete er die moralischen Eroberungen durch Hebung des Nationalgefühls bei unseren Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenzen.

Ehrgungen Dr. Eckeners durch die Berliner Hochschulen.

Nach dieser Rede übergab ein Vertreter der Universität Berlin Dr. Eckener den Ehrendoktorbrief der

Berliner Universität. Gelegentlich der Reichsgründungsfeier der Technischen Hochschule Berlin — die am Tage zuvor stattfand — wurde dem verdienten Luftschiffer das Ehrenbürgerrecht der Technischen Hochschule verliehen.

Amerikanischer Razenjammer.

Bestimmung über die Pariser Abmachungen.

Das Pariser Finanzabkommen sieht bekanntlich auch die Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Erträgen des Damesabkommens vor. Diese Tatsache ist von der Pariser Presse mit großer Genugtuung begrüßt worden, und zwar deshalb, weil Amerika dadurch an einer bündlichen Zahlung der Reparationschuld stark interessiert wird und sich gegebenenfalls alliierten Sanktionen gegen ein zahlungsunfähiges Deutschland anschließen muß. Dieser Jubel hat den Amerikanern doch zu denken gegeben, und in der amerikanischen Öffentlichkeit macht sich jetzt eine erste Beunruhigung geltend. Namentlich in Senatskreisen sichtet man, trotz der gegenteiligen Regierungserklärungen, daß mit dem Abkommen die traditionelle amerikanische Politik der Nichtbeteiligung in europäische Streitigkeiten verlassen worden sei.

In der letzten Senatssitzung kam die Bestimmung über die Unterzeichnung des Pariser Finanzabkommens deutlich zum Ausdruck. Senator Johnson brachte eine Resolution ein, in der er sofortige Verlegung des Wortlautes des Pariser Abkommens forderte. Der Antragsteller erklärte, daß damit die Vereinigten Staaten die Verantwortung für die Eintreibung der Dawes-Gelder übernommen und damit die bei der Ratifikation des Friedens mit Deutschland ausdrücklich beabsichtigte Politik verlassen hätten.

Diese Resolution fand starke Unterstützung und ging an den Ausschuss, um am Mittwoch weiter verhandelt zu werden. Da der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Borah, die Resolution begrüßte, dürfte sie im Ausschuss angenommen werden.

„Amerika hat sich überfüllen lassen.“

Nach einer Meldung aus Washington hat sich der vormalige Vorkämpfer in London, Herbert Garvey, den Gegnern des Pariser Finanzabkommens angeschlossen und in seinem Blatt „Washington Post“ einen heftigen Angriff gegen Staatssekretär Hughes gerichtet.

In seinem Artikel erklärt er, daß Amerika von der europäischen Diplomatie überfüllt in das Abkommen hineinmariet worden sei und sich als einziger zahlungsfähiger wohlhabender und unabhängiger Konzern in eine Gesellschaft bankrotter Staaten habe einfüllen lassen, der theoretisch als Stabilisator der Welt erscheine, praktisch aber als Eintreiber der Schulden dienen solle. Amerika werde durch das Pariser Abkommen für ein halbes Jahrhundert zur Intervention auf dem europäischen Schauplatz verurteilt, es sei unbegreiflich, daß ein so eifriger Amerikaner wie Präsident Coolidge dem habe zustimmen können.

Zu diesem Angriff meldet der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“, Präsident Coolidge beabsichtige nicht, das Abkommen dem Senat vorzulegen, da es sich nicht um einen Vertrag handle, sobald die Vereinigten Staaten durch die Unterschrift Kellogs gebunden wären.

Scheu vor der Wahrheit.

Herriot gegen die Deffnung der französischen Archive.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte der Vorstand der französischen Liga für Menschenrechte an den Ministerpräsidenten Herriot die Bitte gerichtet, daß er nunmehr die Genehmigung zur Deffnung der französischen Archive geben möge. Nach monatelangem Schweigen hat Herriot jetzt geantwortet. Die Antwort zeigt, daß Herriot nicht den Mut hat, den seine Freunde ihm zutrauten. Seine Regierung — schreibt er — wie insbesondere er persönlich seien von der Notwendigkeit, die Ursachen des Weltkrieges aufzudecken, überzeugt. (??)

„Indessen — so begründet Herriot seine Ablehnung — wäre die Deffnung unserer Archive — die übrigens nur mit Zustimmung unserer Verbündeten erfolgen könnte — oeehner. Streitigkeiten hervorgerufen, die die natlo-

Handelsteil.

Berlin, den 19. Januar 1925.

ebfenmarkt waren die Kurse nur wenig London und Paris lagen etwas fester. an Effektenmarkt trat nach anfangs beobachtetem Zurückhaltung eine allgemeine Bessigung und Belebung ein. Der Rentenmarkt zeigte eine durchaus feste Haltung.

Am Produktmarkt war die Tendenz durchweg als fest zu bezeichnen. Für Weizen sowie Roggen lagen die Preise an, doch konnte nur in Roggen sich größeres Geschäft entwickeln, während der Umsatz in Weizen gering war. Der Weizenpreis war nicht hoch. Sehr fest dagegen waren wiederum Futtermittel, namentlich Hafer, Kleie und Gerste, die nur in erhöhtem Maße abgeben wurden. Auch für Futtermittel bestand Begehrt. Derselbe behauptet, aber nicht lebhaft.

Warenmarkt.

Mittagsbrot (Milch) Getreide und Desfaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Markt. 257-264. Roggen Markt. 250-257. Sommergerste 280-315. Winter- und Sommergerste 250-255. Hafer Markt. 195-205. Womn. 182-195. Mais loco Berlin 228-232. Weizenmehl 35-37,75. Roggenmehl 34,75 bis 37,50. Weizenkleie 16,60-16,80. Roggenkleie 16,60 bis 16,80. Haferkleie 16,60-16,80. Futtermehl 19-20. Weizenmehl 17,50-18. Aderbohnen 19-21. Widen 16-18. Lupinen blaue 12,50-13,50, gelbe 16-17. Gerstels neue 17-18. Rapstuden 18,85-19. Leinöl 26. Troschnitzel 9,80-9,90. Torfklasse 30-70 10. Rastoffladen 20,50-20,70.

Rundfunk.

X Hochgebirgs-Observatorien und drahtlose Telephonie. Da die Telephonleitungen zu den verschiedenen Hochgebirgs-Observatorien und Wetterwarten (z. B. auf der Zugspitze) in der schlechteren Jahreszeit regelmäßig durch Eis und Schnee zerstört werden, und die Inzassen dieser Observatorien dadurch ohne jede Verbindung mit dem Reich sind, plant man, den Telephonverkehr mit diesen Gebirgsobservatorien drahtlos abzuwickeln. Frankfurt hat hierin den Anfang gemacht und das Observatorium auf dem Pic du midi in 2880 Meter Höhe mit einer Telephonlinie und Empfangsanlage ausgerüstet, die in der Lage ist, zu jeder Jahreszeit und bei allen atmosphärischen Verhältnissen eine sichere Verbindung zur nächsten Station aufrecht zu erhalten.

Aus Stadt und Land.

Ein diebischer Privatgelehrter. Vor einiger Zeit waren im Autographenhandel Briefe Friedrichs des Großen aufgetaucht, die aus dem Wiener Staatsarchiv gestohlen waren. Auch andere Diebstähle, so im Charlottenburger Staatsarchiv, lenkten den Verdacht gegen Dr. Karl Haug in Berlin, den Sohn eines kölnischer Juristen. Der Verdächtige wurde verhaftet und mit ihm der 33 Jahre alte Karl von Hohenloher, der Sprößling eines alten österreichischen Adelsgeschlechtes. Bei der Durchsuchung der gemeinsamen Wohnung der beiden fand man große Mengen von Autogrammen, Briefen und Siegeln aus den verschiedensten Archiven. Dr. Haug hat ein Geständnis abgelegt.

Mordversuch eines abgewiesenen Freiers. Im Nordwesten Berlins wurde eine 29-jährige Arbeiterin, als sie ihre Arbeitsstätte aufsuchen wollte, von einem Arbeiter angegriffen. Die Verletzte war mit diesem verlobt, hatte aber das Verhältnis gelöst. Alle Versuche des ehemaligen Bräutigams, sich wieder mit ihr auszuöhnen, blieben erfolglos. Die Arbeiterin erhielt zwei Schüsse, von denen einer die Lunge durchbohrte, der andere am Hals streifte. Der Täter ist flüchtig.

Schwerer Brillantendiebstahl im mecklenburgischen Fürstentum. Der Kammerdiener des Herzogs von Mecklenburg benutzte die Abwesenheit seiner Herrschaft, um in der Villa in Ludwigslust den gesamten Brillantenschmuck der Familie, darunter den mit Brillanten besetzten Hausorden der Wendischen Krone mit Schleife, fünf Brillantbrochen, Armbänder mit Brillanten, Brillantohrgehänge, Rosenmadeln, ferner silberne Dosen, echte Taschen und Gläser, Tischwäsche usw. einzupacken und zu verschwinden. Der Dieb konnte verhaftet werden, einen Teil der Wertgegenstände trug er bei sich. Auch ein Elektrotechniker wurde verhaftet, der ihm verschiedene der gestohlenen Gegenstände abgekauft und sie seiner Frau geschenkt hatte.

Großfeuer in der Badischen Anilin- und Soda-fabrik, und zwar in dem Gebäude, in dem sich die Delreinigung befindet, und in dem auch große Delvor-räte untergebracht sind, ist ein Großfeuer ausgebrochen. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß aus unbenutzter Ur-lade Delvorrate in Brand gerieten. Der angerichtete Schaden scheint nicht bedeutend zu sein.

Neues Auftreten der Saffrantheit. In einigen Ortsgemeinden an der Wäldung des Berges ist die Saffrantheit abermals ausgebrochen. Ueber die Ursache der Krankheit konnten sich die Gelehrten noch nicht einigen. Zwei Fischer, die auf dem Frischen Haff gearbeitet hatten, erkrankten und starben.

Der Schaden des Unfalls in Ferne. Der Gesamtschaden der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe von Herne beträgt nach den nunmehr abgeschlossenen Feststellungen sieben einhalb Millionen Goldmark.

Vier Kinder von einem Lastwagen getötet. In einem Orte bei Forth überfuhr ein Lastwagen, der bei Unterrichtsbeginn an einer Schule vorüberfuhr, zwei Schulkinder. Er kam ins Schleudern und stürzte in einen Graben, wobei er drei andere Kinder mit sich hinabtrieb. Zwei der Kinder starben augenblicklich, eins kurz darauf, eins dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, während das fünfte vielleicht gerettet wird.

Die Technische Hochschule bei der Bekämpfung des Hochwassers. Die Technische Hochschule hatte es sich von jeher zur vornehmsten Pflicht gemacht, in Fällen

Falschcheine trager auf der Vorderseite oben die Nummern D 401791 oder F 01471028 oder ähnliche Zahlen hinter 014. Die Reichsbank hat auf die Ermittlung von Falsch-geldwertstätten eine Belohnung von je 1000 M. ausgesetzt.

Die Offizierspensionen. Wie der Deutsche Offiziersbund mittelt, wird die Pensionierung der Offiziere entsprechend der von ihnen bekleideten höheren Dienststellen nach folgenden Grundätzen erfolgen: Wo früher bereits zwei Zusatzstellen bestanden haben, sind solche wieder hergestellt worden, es werden also Obersten als Brigadefeldkommandeure nach B. 1, Generalmajore als Divisionskommandeure nach B. 3, Generalleutnanten als Regimentskommandeure nach B. 1, Generalleutnanten als Regimentskommandeure in der Stellung von Regimentskommandeuren eine Zwischenstufe eingeführt. (XII). Im übrigen erfolgen die Entlohnungen: Oberleutnants als Kompanieführer in IX, Hauptleute als Bataillionsführer in XI, Oberleutnants als Regimentskommandeure in XIII, Generale als kommandierende Generale in B. 5. Für einzelne Offiziere in besonderen Stellungen hat sich das Reichsarbeitsministerium die Entscheidung vorbehalten. Für die vor dem Kriege pensionierten und im Kriege wiederverwendeten Offiziere können die neuen Bestimmungen keine Anwendung finden, da die Vorschriften des Offizierspensionsgesetzes dem entgegenstehen.

Cassel. Die Drogengroßhandlung Sch. und G. hatte am Sonnabend früh den im Geschäft tätigen Kaufmann Jäckel zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten im Auto, das der Chauffeur Hilde steuerte, nach Göttingen entandt. Auf der Rückfahrt die in der Nacht zum Sonntag erfolgte, kam der Chauffeur in der Finkertstraße bei Landwehagen von der Hauptstraße ab. Das Auto füllte in voller Fahrt eine Anhöhe hinab, wobei beide Insassen herausgeschleudert und so schwer verletzt wurden, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Erst am frühen Morgen fanden Touristen das stark beschädigte Auto und die Leichen der Verunglückten.

Der Personalkraftwagen der Firma Baumann u. Leberer in der Wolfsangerstraße, überuhr den 44-jährigen Arbeiter Ferdinand Schöffler aus Wolfsanger. Der Führer ließ den Koffern am Boden liegen und fuhr in erhöhtem Tempo davon, Passanten bemühten sich um den Verletzten. Der Führer wurde von den Zeugen erkannt und kam zur Anzeige.

Zweiten. Die Mineralquelle in unserem Orte, „Löwenbrunnen“ genannt, erluft sich immer steigender Benutzung. Wie verlautet, soll im Sommer hier ein Sanatorium errichtet werden. Der erste Schritt zum Kurort wäre damit getan.

Dobersbach. Alexander Rißner stürzte vom Scheunendach ab und trug so schwere Verletzungen davon daß er alsbald starb.

Gerfeld. Eine amerikanische Kommission bereiste jetzt die Kalberwerke des Verratales und der Forstberghöfen, um sich von dem Zustand der Werke zu überzeugen. Die Führung der Kommission lag in den Händen des Generaldirektors Rotter von Wintershallkonzern. Der Zweck der Besichtigung soll darin zu erblicken sein, daß von den Kalberwerken amerikanischer Kredit in Anspruch genommen werden soll.

Sofaldenbach (bei Fulda). Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich im Steinbruch am Ulmenstein. Ein 10 bis 12 Zentner schwerer Stein löste sich plötzlich los und traf den unten arbeitenden Ludwig Pappert derart schwer, daß der Tod sofort eintrat. Der so jäh aus dem Leben Geschiedene ist Vater von vier Kindern. Zwei neben dem Verunglückten im Steinbruch beschäftigte Männer blieben unverletzt.

Hanas. Im benachbarten Hüttengesäß wurde der 21-jährige Landarbeiter Pnglitz Müller beim Fällen einer Eiche erschlagen. Ferner fiel das dreijährige Töchterchen des Landwirts Jila in Hüttengesäß in eine Jauchegrube und erstickte.

Franfurt. Im Juli v. J. wurden bei der Reichsbank Unterschlagungen eines Reichsbankrates aufgedeckt. Der Bankrat hatte mit dem Hofbankier Max Kaufmann unsaubere Geschäfte abgeschlossen, wodurch die Reichsbank um etwa 400000 Mark geschädigt wurde. Die Voruntersuchung ist nunmehr nach fast dreiviertel Jahren abgeschlossen, sodas die Anklage erhoben werden kann. Diese richtet sich auch gegen einen hiesigen Bankier, der des Betrugs beschuldigt wird.

Seit einigen Tagen tauchen gefälschte Rentenbank-scheine über 50 M. auf, die gut nachgeahmt sind. Auch solche Hundert-Billionen-Marken wurden festgestellt. Es handelt sich um echte Hundert-Millionenscheine, bei denen das Wort „Billionen“ in „Billionen“ abgeändert worden ist.

Bad Homburg. Die Pöfelsche Mühle im nahen Dornholzhausen wurde durch Großfeuer zerstört. Das Wohnhaus konnte zum größten Teil gerettet werden. Der Brandschaden ist um so größer, als die Versicherungssumme nur gering ist.

Aus dem Freistaat Hessen. Zahlreiche Kreisämter erlassen gegenwärtig Verfügungen gegen den Alkoholmißbrauch durch die Jugend. Es ist verboten, jungen Leuten unter 18 Jahren geistige Getränke und nikotinhal-tige Tabakwaren bei erheblichen Strafen zu verabfolgen. Ebenso wird auch jugendlichen Personen der Besuch von Wirtschaften und öffentlichen Tanzveranstaltungen ohne Begleitung ihrer Eltern oder deren Stellvertretern untersagt.

Ederis. Ein hiesiger Einwohner läßt in der Zeitung folgenden Stoßfuzer los: „Warne hiermit jeden Geschäftsmann im Kiese Götten, meiner Frau, der unangenehmen Person Charlotte Wachsmuth, auf meinen ehren-lichen Namen etwas zu borgen, da ich keine Zahlung leiste. Wer es am längsten tun aushalten, werden wir ja sehen. Ach, hätte der Unterzeichnete in seinem Leben niemals sie gesehen!“ Hochachtungsvoll Franz Hauje, Ederis.

Das Gesamtministerium vorstellen wird. Denn, verlautet, wird die Liste der Minister bei der Bestellung des Kabinetts im Reichstag vollständig sein. Doch sind bisher die Namen der Herren nicht bekannt gemacht worden, die das Finanzministerium, das Reichsministerium übernehmen werden. So allgemein eine Spannung in dem überfüllten Hause zu beobachten.

Dr. Lufher:

Nachdem ich zum Reichsminister ernannt worden bin, habe ich die Ehre, Ihnen das neue Reichskabinettsmitglied zu stellen. Dem neuen Kabinettsmitglied außer den schon bekannten Ministern Ministerialdirektor Schlieben als Finanzminister und Staatssekretär Dr. Krohne als Reichsminister.

Das Wort an die scheidende Reichsregierung und be-züglich an ihren Führer, Reichsminister Dr. Marx, was dem Wege der Gesundung weiter dem gleichen Wege der Wiederaufbau zuzuschreiten, wird die Reichsregierung, für deren Nichttun die Verantwortung trägt, wird auf sachliche Arbeit im Dienste des deutschen Volkes eingestellt sein. Die Reichsregierung wird dabei im Vertrauen auf die inneren Kräfte des Volkes und der Wirtschaft sowie sich nach Möglichkeit von der Regierung fernhalten. Ihre Arbeit, sowie die der Reichsbanken werden die Billigung des Reichstages erbiten. Nur denn wird sie im Erfolg nachzuweisen können, wenn es ihr gelingt, in beständigem Zusammenarbeiten mit dem Volksganzen zu bleiben. Die Zusammenarbeit im Reichstag nicht nur die Parteien suchen, die in der Regierung durch vertrauensvolle Männer vertreten sind, sondern mit allen Kräften, die eine staatsbeachtende Gesinnung praktizieren, die Mitarbeiter leisten wollen.

Die wichtigste Voraussetzung für die Erreichung dieses Zweckes ist, daß eine Regierung gebildet wird, die, weil sie auf feiner parteipolitischen Koalition beruht, sich grundsätzlich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt. Das ist der Grundgedanke des parlamentarischen Systems, auf dem das staatliche Leben unseres Vaterlandes aufgebaut ist. Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung.

Am 11. August 1919. Jeden Versuch ihrer Abänderung auf gewaltsame oder ungesetzliche Weise herbeizuführen wird die Reichsregierung als Hochverrat mit alledem Handtuch abwehren und verfolgen. Nachzuprüfen haben mit die Regelung der

Beziehungen des Reichs zu den Ländern. Ihr Eigenleben soll geschützt und ihre bedeutungsvolle Rolle im staatlichen Gesamtleben des deutschen Volkes auch in der Handhabung der Reichsverwaltung sorgfältig beachtet werden. Besonderes Augenmerk wird die Reichsregierung auf die innere Wahrhaftigkeit und die Öffentlichkeit des öffentlichen Lebens richten und die in dem Quantum vorhandenen Kräfte besonderer Hinwendung an das Staatswesen zum Wohle des Volkes fördern. Auch den

konfessionellen Frieden zu wahren wird sich die Reichsregierung auf das ernstlichste anlegen sein lassen. Mit ihrer Außenpolitik wird sich die deutsche Regierung der Herbeiführung eines wirksamen und dauerhaften Friedens unter allen Völkern widmen. Die gemäß diesen Abmachungen erlassenen Reichsgesetze werden von ihr loyal durchgeführt werden, ebenso, wie wir die lokale Durchführung des Abkommens von unseren Vertragsgegnern erwarten müssen. Andererseits wird die Reichsregierung alle Kräfte daran setzen, durch Verhandlungen die alsbaldige Regelung der Rheinlandfrage zu erzielen.

Die Reichsregierung verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwidlung des Völkerverbindungsdenkens und die Durchführung der ihm zugrundeliegenden Anschauungen, was aber auch ihrerseits an den Voraussetzungen festhalten, die von der bisherigen Reichsregierung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund aufgestellt sind. Sie sind nach wie vor bereit, ihre Bemühungen fortzusetzen, Deutschland von den ungerechtfertigten Sorgen des Versailler Vertrags über seine Schuld am Kriege zu befreien.

Am 10. Januar d. J. ist die uns durch den Versailler Vertrag auferlegte Fessel der einseitigen Weisungs-gewalt gefallen. Die Reichsregierung wird die so gewonnene Freiheit nutzbar machen, damit Deutschlands Wirtschaftleben gesundet. Sie wird sich deshalb gegen alle Maßnahmen wenden, die die deutsche Handelsfreiheit beschränken will und wird Lösungen suchen, die auf der gleichmäßigen Achtung der gegenseitigen Interessen der handeltreibenden Völker beruhen. Weiter läßt die Reichsregierung die Einbringung eines Arbeiter-Gesetzes an. Was die Lohn- und Arbeitsentlohnung betrifft, so soll die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auch der Arbeiterklasse augenommen. Die Regierung wird in dem Ausbau der Wohnungslandwirtschaft zu stehen.

Zur Aufwertungsfrage werden im Reichstag in kürzester Frist gesetzgeberische Vorarbeiten unternommen werden, die endgültiges Recht schaffen sollen. In Ergänzung der dritten Steuerreform soll dabei im Rahmen des wirtschaftlichen Möglichkeiten den berechtigten Wünschen der durch die Steuerentlastung Geschädigten Rechnung getragen werden.

Aus der Heimat

Spangenberg, 20. Januar 1925.

8 Falsche 1-Mark-Scheine tauchen in der letzten Zeit viel im Verkehr auf. Die Ringe und Kreuze in den echten 1-Mark-Scheinen sind etwas verschwommen, in den falschen dagegen an den Rändern scharf abgegrenzt und setzen sich fettig an. Das fällt besonders auf, wenn man die Scheine mit der Rückseite gegen das Licht hält und von der Vorderseite mit der „1“ betrachtet. Die

